

A N F R A G E von Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon), Roger Liebi (SVP, Zürich) und Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon)

betreffend Konkurrenzierung Privater durch Staatsbetriebe?

Seit 2013 hat die Berner Stromproduzentin BKW mehrere Dutzend Unternehmen übernommen, davon mindestens sechs im Kanton Zürich. Die akquirierten Betriebe sind in den Bereichen Gebäudetechnik, Installation oder Ingenieurwesen tätig.

Das wirft Fragen auf. Ganz grundsätzlich bezweifeln wir, ob Art. 94 BV beachtet wird, wenn staatliche Unternehmen oder solche mit starker staatlicher Beteiligung wie die BKW ihr Geschäftsfeld in Bereiche ausdehnen, in denen ein funktionierender Markt mit privaten Anbietern besteht.

Speziell kommt in diesem Fall der Umstand dazu, dass einige dieser Firmen in mehreren Submissionen des Kantons Zürich wohl dank tiefer Preise den Zuschlag gewannen. Gelang dies durch eigene wirtschaftliche Stärke oder dank Quersubventionierung durch das Mutterhaus? Das Bundesgericht entschied mit Urteil vom 22. Mai dieses Jahres, dass staatliche Anbieter von Ausschreibungen auszuschliessen sind, wenn deren Angebote quersubventioniert sind.

Schliesslich ist auch die Eigentümerschaft zu beachten. Angesichts der Zahlungen an den Nationalen Finanzausgleich NFA durch den grössten Nettozahler, den Kanton Zürich, erscheint es störend, wenn ein Unternehmen, das just vom grössten Empfängerkanton gehalten wird, Zürcher Firmen konkurrenziert.

Wir bitten den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Betreibt der Regierungsrat ein spezifisches Monitoring zur Konkurrenzierung privater Unternehmen durch Staatsbetriebe, speziell durch quersubventionierte Angebote?
 - a. Wenn nein, weshalb nicht?
 - b. Wenn ja,
Welche konkreten Fälle staatlicher Konkurrenz hat der Regierungsrat als problematisch beurteilt?
In welchen Fällen hat der Regierungsrat ein Unternehmen von einer Submission ausgeschlossen?
2. Ist der Regierungsrat bereit, (zusätzliche) Massnahmen gegen Konkurrenzierung durch Staatsbetriebe zu ergreifen?
3. Reagiert der Regierungsrat gegenüber dem Kanton Bern im spezifischen Fall BKW? Bringt er die Thematik beispielsweise an Regierungskonferenzen auf oder in der Diskussion rund um die Neugestaltung des NFA?

Thomas Vogel
Roger Liebi
Josef Wiederkehr